Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1704

14. 04. 78

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 19. April 1978
am Donnerstag, dem 20. April 1978

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel.: (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

1. Abgeordneter **Wehner** (SPD)

Welche Ergebnisse hat die Prüfung gehabt, die von der Bundesregierung in der Fragestunde vom 16. Februar 1978 zu der Frage zugesagt worden ist, wie der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften zu größerer Wirksamkeit bei der Abwehr von nationalsozialistischem Propagandamaterial verholfen werden kann?

2. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Beispiel Schwedens zu folgen, den Verkauf von Oxychinolin-Präparaten wie Mexaform, Entero-Vioform, Mexase, Intestopan und anderer Mittel gegen Durchfall in der Bundesrepublik Deutschland zu verbieten, da diese Präparate allein in Japan 900 Todesfälle hervorgerufen haben sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

3. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Forschungsergebnis des Instituts für empirische Wirtschaftsforschung der Universität des Saarlands zu den Auswirkungen des Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetzes, wonach „auf Grund der vorliegenden Daten . . . auch bei vorsichtiger Interpretation die These ernstgenommen werden (müsse), das Wohnraumkündigungsschutzgesetz dämpfe die Investitionen im freifinanzierten Wohnungsbau" (Seite 61)?

4. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Trifft die Feststellung im Vorwort des Forschungsberichts zu, daß die Mitarbeiter der Abteilung Wohnungswesen im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau die Manuskripte gelesen und in mehreren Gesprächen Anregungen gegeben haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

5. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung das Informationsmaterial, das unter früheren Bundesregierungen über den 17. Juni 1953 reichlich vorhanden war, nicht neu aufgelegt, und welches Informationsmaterial gedenkt sie aus Anlaß der 25. Wiederkehr der Ereignisse am 17. Juni 1953 zu veröffentlichen und interessierten Mitbürgern anzubieten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

6. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit die Kosten für den Kindergartenbesuch von Kindern hörgeschädigter Eltern als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG geltend gemacht werden können?

7. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt der Bundesfinanzminister die Kosten für ein Jugendhilfegesetz, dessen Referentenentwurf durch den Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit im Oktober 1977 vorgelegt wurde?

8. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Worauf stützt sich diese Kostenschätzung?

9. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des baden-württembergischen Finanzministers Gleichauf, nach dem die bisherigen Gemeinschaftsaufgaben in der Bundesrepublik Deutschland abgeschafft und die darauf entfallenden Bundesmittel im Rahmen des künftigen Bund-Länder Finanzausgleichs den Ländern pauschal zugewiesen werden sollen?

10. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Ist die auf der Lohnunternehmertagung in Münster im Dezember 1978 von dem Parlamentarischen Staatssekretär Gallus angekündigte alsbaldige Einbeziehung der mehrbetrieblichen Maschinenverwendung in der Landwirtschaft in die Mehrwertsteuerbegünstigung von der Bundesregierung abgelehnt worden, und wenn ja, mit welcher Begründung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

11. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Liegt dem Bundeswirtschaftsminister ein Antrag vor, nach dem Teile des von der Familie Flick 1975 aus dem Verkauf ihrer Daimler-Aktien erzielte Zwei-Milliarden-DM Erlöses als Wiederanlage in Beteiligungen am Versicherungskonzern Gerling nach § 6 b des Einkommensteuergesetzes steuerlich begünstigt werden sollen, und von welchen konkreten volkswirtschaftlichen Beurteilungskriterien wird die Bundesregierung gegebenenfalls bei der Behandlung dieses Antrags ausgehen?

12. Abgeordnete **Frau Dr. Marciny-Glotz** (SPD)

Ist der Bundesregierung das unterschiedliche Vorgehen der Industrie- und Handelskammern bei der Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen bekannt, das z. B. in Hamburg zu einem hohen Fehlbedarf an öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen in verbrauchernahen Bereichen geführt hat, und welche Möglichkeiten sieht sie, darauf hinzuwirken, daß im Interesse eines wirksamen Verbraucherschutzes z. B. gegenüber Versicherungen genügend unabhängige Sachverständige öffentlich bestellt und vereidigt werden?

13. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Kann ich der Antwort des Staatssekretärs Grüner vom 13. April 1978 auf meine mündliche Anfrage bezüglich auslaufender Anlagen der Ruhr-Kohle AG entnehmen, daß die Schachtanlage Fürst-Leopold-Wulfen in Dorsten weder in naher noch in mittlerer Zukunft von Stillegung bedroht ist?

14. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Für welche Anlagen sind die im Einzelplan 09 Titel 68310-631 ausgewiesenen Mittel des Haushalts 1977 „Zuschüsse zu den Schrumpfungslasten des Steinkohlenbergbaus" und in welcher Höhe gezahlt worden, und für welche Anlagen und in welcher Höhe sind sie im Jahr 1978 vorgesehen?

15. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wie weit sind die Überlegungen der Bundesregierung gediehen, ein Rückbürgschaftsinstrument zu schaffen, das mittelständische Unternehmen bei der Stellung von Bietungs- und Leistungsgarantien im Exportgeschäft unterstützen soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

16. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß ein Arbeitgeber verpflichtet ist, auch denjenigen Arbeitnehmern, die nach Ableisten des Wehrdienstes arbeitsunfähig oder krank entlassen werden, Lohnfortzahlung für die sechs Wochen unmittelbar ab Entlassung aus dem Wehrdienst zu zahlen, und ist die Bundesregierung bereit, dem Deutschen Bundestag Vorschläge zur Novellierung der betreffenden Gesetze zu unterbreiten mit dem Ziel, daß den betreffenden Arbeitgebern Ersatzansprüche wegen eines Wehrdienstschadens eines Wehrdienstpflichtigen oder Wehrdienstleistenden zugestanden werden?

17. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele ausländische Krankenschwestern – insbesondere asiatische – zur Zeit noch in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten bzw. wie viele in der nächsten Zeit wieder in ihre Heimat zurückkehren werden, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um diesen Rückkehrern die Wiedereingliederung in ihren Heimatländern zu erleichtern?

18. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß den Absolventen von Sonderschulen und Schulen für Lernbehinderte in besonderem Maß Hilfe zur Erlangung eines Arbeitsplatzes zuteil werden muß, und ist die Bundesregierung bereit, für Absolventen dieser Schulen Arbeitsplätze auch im Bereich der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost zur Verfügung zu stellen bzw. entgegenstehende Vorschriften abzubauen?

19. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

In welchem Umfang hat die Bundesregierung in Verordnungen und Richtlinien für ihre Beamten bisher die öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen in bezug auf Prüf- und Gutachtertätigkeit berücksichtigt, und wird sie in Zukunft neben den Sachverständigen der TÜV den öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen

stärker Zuständigkeiten einräumen, z. B. bei der Verordnung zur Änderung der Dampfkesselverordnung, Druckgasverordnung, Aufzugsverordnung, Verordnung über elektrische Anlagen usw., um einer Monopolisierung der TÜV im Interesse eines möglichst wirksamen Verbraucherschutzes entgegenzuwirken?

20. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in Anwendung des Zonenrandförderungsgesetzes auch am Beispiel von Bundesbehörden, insbesonders der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost, ihre ernsthafte Entschlossenheit unter Beweis zu stellen, dem Zonenrandgebiet vorrangig zu helfen und Arbeitsplätze von Bundeseinrichtungen und Bundesbetrieben soweit irgend möglich in das Zonenrandgebiet zu verlegen oder dort zu belassen, statt sie aus diesem Raum abzuziehen?

21. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, einen generellen Vorsorgetest zur Früherkennung der angeborenen Schilddrüsenunterfunktion bei Neugeborenen wie in der Schweiz und Österreich in das Vorsorgeprogramm einzubeziehen, nachdem bekannt ist, daß die angeborene unbehandelte Hypothyreose die Gehirnentwicklung in den ersten drei bis sechs Monaten irreversibel schädigt, und diese Erkrankung doppelt so häufig vorkommt wie die Phenylketonurie, für die eine Vorsorgeuntersuchung besteht?

22. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob Absolventen der Hochschulen von Bremen, Frankfurt, Marburg, Heidelberg und Berlin weniger Chancen haben, in der Privatwirtschaft Arbeitsplätze zu finden (siehe Ergebnis einer Umfrage des Kieler Wirtschaftswissenschaftlers Reinhart Schmidt, laut Meldung der „Welt“ vom 30. März 1978)?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

23. Abgeordneter **Lattmann** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Mitteilung der Bundeswehrstandortverwaltung Ulmen (II 2.1. – Aktenzeichen: 18-40-01), wonach für einen Absolventen des Berufsgrundbildungsjahrs „Metall“ keine Einstellungsmöglichkeit als Flugzeugmechaniker-Auszubildender bestehe, da er Anspruch auf verkürzte Ausbildung habe, die aber nicht zu realisieren sei, und welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?

24. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Sieht auch die Bundesregierung in dem Umstand, daß das Bild des jeweiligen Bundesverteidigungsministers in den Räumen der Truppe und Dienststellen aufgehängt wird, eine Form des Personenkults, und ist die Bundesregierung bereit, künftig u. a. auch aus Kostenersparnisgründen wie in anderen Ministerien von Bund und Ländern auf das Bild des jeweiligen Bundesverteidigungsministers in den Räumen der Truppe und Dienststellen zu verzichten?

25. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Wieviel Bilder müssen jeweils bei einer Änderung des Ressortsministers Verteidigung ausgewechselt werden, und wie hoch waren dabei jeweils die Kosten bei den Bundesverteidigungsministern Schmidt, Leber und Dr. Apel?

26. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Welche Grundlagen gab es für die Ermittlungen gegen Angehörige des Militärischen Abschirmdienstes, die in der Zeitschrift „Stern" vom 6. April 1978, Seite 110 ff., geschildert werden, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, daß die Arbeit von Angehörigen von Nachrichtendiensten in der Öffentlichkeit behandelt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

27. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Welche Gründe waren maßgebend, daß die Deutsche Bundesbahn zwei Anzeigen in der kommunistischen Zeitung „Extra elan & rote blätter, Das Jugendmagazin" aufgegeben hat?

28. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Wieviel Fälle des Fahrens auf falscher Autobahnspur hat es im Jahr 1977 auf den Autobahnen gegeben und wieviel endeten mit Unfall bzw. tödlich?

29. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um auf Autobahnen kurzfristig das Falschfahren auf der Gegenspur zu verhindern?

30. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Welche Entschädigungsregelungen sind von der Bundesregierung in Verbindung mit der baden-württembergischen Landesregierung für Erosionsschäden vorgesehen, die in Verbindung mit dem Bau und der Eröffnung der Staustufe Iffezheim auf landwirtschaftlichen Nutzflächen, durch Überspülen der Uferbefestigungen und durch Unterspülung von Straßen im Landkreis Rastatt entstanden sind?

31. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Treffen Presseberichte (Braunschweiger Zeitung vom 4. April 1978) zu, nach denen Behälter mit radioaktivem Müll aus Karlsruhe unbeaufsichtigt auf dem Güterbahnhof Braunschweig herumstanden, und wenn ja, entspricht dieser Tatbestand den Vorschriften des Atomgesetzes, der ersten Strahlenschutzverordnung und den Verkehrsgesetzen für den Transport gefährlicher Güter?

32. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Welche geeigneten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die staatliche Aufsicht über radioaktive Transporte jederzeit sicherzustellen?

33. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ein unabhängiges wissenschaftliches Institut mit einem Gutachten über die verkehrspolitische Notwendigkeit der von der Deutschen Bundesbahn geplanten Neubaustrecke Hannover—Würzburg zu beauftragen, um sicher zu gehen, daß das 8 Milliarden-DM-Projekt unter den gewandelten Zukunftserwartungen hinsichtlich des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums nicht am tatsächlichen Bedarf vorbei geplant wird?

34. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Wie verträgt sich die Äußerung der Lufthansa, vertreten durch ihren Mitarbeiter Wolfgang Schmidt, mit der Berlinpolitik der Bundesregierung, indem dieser dazu auffordert, die Bundeszuschüsse für Berlinflüge zu streichen?

35. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen ist die Bundesregierung dieser in der Öffentlichkeit sehr negativ aufgenommenen Forderung nicht sichtbar entgegengetreten?

36. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Blockade von Telefonanschlüssen durch nichtaufgelegte Telefonhörer nach einem geführten Gespräch zu beseitigen?

37. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Denkt die Bundesregierung daran, zur Bewahrung von Bürgernähe die Verwendung alter Ortsnamen bei der Umstellung auf Zahlen als Ortsangabe in den einzelnen Zustellungsbezirken der Deutschen Bundespost sicherzustellen (Beispiel: 7560 Gaggenau 12, Bad Rotenfels, oder 7570 Baden-Baden 23, Neuweier)?

38. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung darin mit mir überein, daß nach der bisherigen Fernmeldeordnung die festgelegten Ortsmittelpunkte mehr willkürlich als geographisch festgelegt waren, und daß dieser Ortsmittelpunkt genauso in jedem übrigen Bereich innerhalb des Ortsnetzes hätte festgelegt werden können?

39. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Kosten, sofern innerhalb der jetzigen Tarifordnung ein Ortsmittelpunkt verschoben wird?

40. Abgeordneter **Schäfer (Mainz)** (FDP)

Trifft es zu, daß von den Kraftfahrzeugzulassungsbehörden abweichend von früheren Regelungen nunmehr in verstärktem Maße die Buchstabenkombinationen „SA“ und „SS“ u. ä. (sogenannte Nazi-Kennzeichen) vergeben werden, und wie stellt sich die Bundesregierung zu dieser Praxis?

41. Abgeordneter **Schäfer (Mainz)** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den Niederlanden bereits Widerstand in der Öffentlichkeit gegen die von den dortigen Behörden vergebenden Buchstabenkombinationen „SD“ und „SS“ besteht, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die zuständigen deutschen Behörden sich in dieser Frage so verhalten sollten, daß negative Reaktionen der Öffentlichkeit innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und im benachbarten Ausland nicht gefördert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

42. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Trifft der Bericht der Wirtschaftswoche, Nr. 12 vom 17. März 1978, über die Trunkenheit am Schreibtisch in Bonner Ministerien zu, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung gegebenenfalls für geeignet, um den Alkoholmißbrauch während der Dienstzeit zu unterbinden?

43. Abgeordneter **Brandt (Grolsheim)** (SPD)	Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob und in welchem Umfang das Bundesamt für Verfassungsschutz oder Landesämter für Verfassungsschutz die Ausleihe von Büchern aus öffentlichen Bibliotheken in bestimmten Fällen überwachen lassen?
44. Abgeordneter **Brandt (Grolsheim)** (SPD)	Hält die Bundesregierung – falls solche Fälle in ihrem Verantwortungsbereich bestätigt werden sollten – diese Praxis für vereinbar mit dem Geist unserer Verfassung und insbesondere mit Sinn und Wortlaut von Artikel 5 des Grundgesetzes?
45. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)	Ist der Bericht der Frankfurter Rundschau vom 30. März zutreffend, wonach der Verfassungsschutz in mehreren Fällen die Karteien öffentlicher Bibliotheken benutzt hat, um Erkenntnisse über bestimmte Personen durch die von diesen entliehene Literatur zu gewinnen, und wenn ja, auf welcher rechtlichen Grundlage beruht diese Praxis?
46. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)	Ist es zutreffend, daß der Verfassungsschutz darüber hinaus die Leihkarten bestimmter Bücher benutzt, um den Leserkreis dieser Bücher zu erfassen, und wenn ja, welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Art dieser „Risikobücher"?
47. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)	Ist die Streichung des Sperrvermerks bei Erreichen der Volljährigkeit des zu adoptierenden Pflegekindes zwingend, oder kann die Streichung auf Antrag beschränkt werden, und zwar auf Antrag der Adoptionseltern, des Vormundschaftsgerichts oder – nach Erreichen der Volljährigkeit – des Kindes selbst?
48. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Statistische Bundesamt seit 1970 für die Wissenschaft keine Mikrodaten mehr zur Verfügung stellt, obwohl dies in so anonymisierter Form geschehen könnte, daß dies auch nach dem Datenschutzgesetz zulässig wäre, und wie will die Bundesregierung künftig eine angemessene Datenbasis, insbesondere für die Sozialforschung, sicherstellen?
49. Abgeordneter **Conradi** (SPD)	Warum wird die HIAG, der Verband der früheren Waffen-SS, nicht im Verfassungsschutzbericht 1976 aufgeführt?
50. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung Verhandlungen mit der CSSR aufgenommen – wenn ja, mit welchem Erfolg – wegen der widerlich riechenden Abgase aus dem Kohlevergasungswerk bei Falkenau, die seit ca. einem Jahr eine erhebliche Belästigung der Bevölkerung in den im Westen angrenzenden deutschen Gebieten bis zu einer Tiefe von zeitweilig 100 km, aber auch eine wirtschaftliche Schädigung eines wichtigen Wirtschaftszweigs in diesem Raum zur Folge hat?
51. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)	Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in Einlösung der Zusage aus dem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Bundesgrenzschutzverbands am 10. März 1978 eingeleitet, um Einzelabordnungen von Beamten des Bundesgrenzschutzes drastisch zu reduzieren?

52. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Warum genügen nicht die nach Aussage der Bundesregierung in der Regel vorhandenen Datenkenntnisse der Länder über psychisch Kranke zur Erfüllung des Bundeswahlgesetzes, die nach Aussage der Bundesregierung vom 16. März 1978 alleiniger Grund für die Aufnahme von Daten über psychisch Kranke in den Entwurf des Bundesmeldegesetzes sind, und wird nicht durch eine Zentralisierung die Gefahr des Datenmißbrauchs gefördert?

53. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Erstattung von Umzugskosten nach den Bundesvorschriften für Aussiedler auch für Mitbürger, die aus der DDR übersiedeln, gelten sollen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

54. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Ab wann ist damit zu rechnen, daß auch Mitbürger aus dem anderen Teil Deutschlands in den Genuß dieser Hilfsmöglichkeit kommen?

55. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Trifft es zu, daß – wie der Nachrichtendienst „Der Bunker" in seiner Ausgabe von 3. April 1978 meldet – neuerdings im Komputer des Bundeskriminalamts auch die Namen sogenannter „Geistiger Komplizen" der Terroristenszene, so beispielsweise die Namen von Redakteuren kritischer Medienbeiträge, die sich mit dem Terrorismus auseinandersetzen, gespeichert werden, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Sachverhalt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

56. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Ist es erforderlich, den Originalnamen des zur Adoption vermittelten Kindes, zum Beispiel beim Arbeitsamt zum Erhalt des Kindergeldes oder in der Einkommensteuererklärung an das Finanzamt, anzugeben, und wie kann im Interesse der Anonymität des Kindesnamens auf solche Angaben im Formular und Computerwesen aller betroffenen Institutionen verzichtet werden?

57. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung – in entsprechender Anwendung der beabsichtigten Maßnahmen zur rechtlichen Gleichstellung von ehelichen Kindern und Adoptivkindern (Drucksache 8/1495) –, um zur Adoption vermittelte Pflegekinder nach Übernahme durch die adoptionswilligen Pflegeeltern aber vor Abschluß der Adoption vor einer unkontrollierbaren Verbreitung des Originalnamens zu schützen?

58. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Ist es möglich, daß schon bei der Übernahme des Kindes durch die adoptionswilligen Pflegeeltern der neue anzunehmende Name des Kindes im Melderegister und in der EDV geführt wird, da der Sperrvermerk nicht sicher genug ist, um den Originalnamen des zur Adoption vermittelten Kindes nicht publik werden zu lassen?

59. Abgeordneter **Wehner** (SPD)

Welche Ergebnisse hat die Prüfung gehabt, die von der Bundesregierung in der Fragestunde vom 17. Februar 1978 zu der Frage zugesagt worden ist, ob und gegebenenfalls welche gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda zu veranlassen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

60. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß das Urteil des europäischen Gerichtshofs vom 20. Februar 1975 über die Bezeichnung „Prädikatsekt" wirtschaftliche Nachteile für die Produzenten deutscher Sektgrundweine mit sich gebracht hat, und was gedenkt sie zur Besserstellung dieser Winzer zu tun?

61. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, gesetzliche Bestimmungen zu schaffen, die sicherstellen, daß in den Schaumweinen, die unter der Bezeichnung „deutscher Sekt" angeboten werden, auch tatsächlich deutsche Weine enthalten sind?

62. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, wonach es in Italien Bestrebungen gibt, von Amts wegen den zulässigen Nitratgehalt in Käse auf eine Höhe festzusetzen, die die Einfuhr von Käse nach Italien praktisch lahmlegt, und wenn ja, was hat die Bundesregierung getan bzw. was wird sie tun, um eine solche Entwicklung zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

63. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit dem Problem der funktionalen Analphabeten gemacht, und was ist bisher — insbesondere zur sozialen Eingliederung dieses Personenkreises — unternommen worden, um Abhilfe zu schaffen?

64. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Trifft es zu, daß jugendliche Spätaussiedler primär wegen ihrer Noten im Deutschunterricht bei der Hochschulzulassung in harten Numerus-clausus-Fächern „entscheidend benachteiligt" seien, wie die deutsch-polnische Gesellschaft in Bremen behauptet, und wie können gegebenenfalls derartige Benachteiligungen durch bundesrechtliche oder staatsvertragliche Regelungen abgebaut und beseitigt werden?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

65. Abgeordneter **Hartmann** (CDU/CSU)

Wann und gegebenenfalls aus welchen anderen als eigenen privaten Mitteln hat der Bundeskanzler das gegen ihn vom Landgericht Traunstein wegen Verstoßes gegen eine einstweilige Verfügung vom 15. September 1976 verhängte Ordnungsgeld in Höhe von 5 000 DM und die ihm auferlegten Verfahrenskosten bezahlt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

66. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Zu wieviel regelmäßig halbjährlich oder jährlich abzuhaltenden Begegnungen des Bundesaußenministers und mit welchen Regierungen hat sich die Bundesregierung zusätzlich zu den deutsch-französischen Konsultationen bereit erklärt?

67. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Hat das Goethe-Institut in Athen kürzlich ein zweitägiges Symposion zum Thema Terrorismus und Berufsverbote in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt, an dem unter anderem das Beiratsmitglied des Russel-Tribunals, Professor Narr, sowie der Generalsekretär der kommunistischen Partei Griechenlands teilgenommen haben?

68. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Berichte über den Ablauf dieses Symposions vor, aus denen zu entnehmen ist, daß die Bundesrepublik Deutschland in übelster Weise diffamiert wurde und daß beispielsweise Herr Narr dort erklärte, Terroristen und Polizisten würden sich nicht voneinander unterscheiden, weil beide Gewalt anwenden würden?

69. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Treffen meine Informationen zu, daß die Bundesregierung zwar keine eigenen Zuschüsse an sozialistische und kommunistische Jugendverbände für die Teilnahme an den sogenannten Weltjugendfestspielen in Havanna im Juli 1978 gewährt hat, daß sie aber damit einverstanden ist, daß aus den pauschalen Bundeszuwendungen an derartige Jugendverbände Zuschüsse für Teilnehmer an diesen Weltjugendfestspielen gewährt und abgerechnet werden können?

70. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Welche Haushaltsgrundsätze gelten für die Aufwendungen von Gastgeschenken beim Besuch von ausländischen Staatsoberhäuptern?

71. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, daß Düsenjäger unbekannter Nationalität von tschechoslowakischem Gebiet aus am 9. April Bundesgebiet über längere Strecken überflogen haben, und was hat die Bundesregierung gegen derartige Grenzverletzungen diplomatisch unternommen?

72. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welche konkreten Zusagen hat die Bundesregierung aus Anlaß des Staatsbesuchs des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Husak zur Gewährung von Minderheiten- und Volksgruppenrechten für die Deutschen in der Tschechoslowakei und zur Bewilligung von Ausreiseanträgen dort lebender Deutscher gefordert und erhalten?

73. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Von welchen statistischen und sonstigen Tatbeständen geht die Bundesregierung aus, wenn sie in der am 13. April 1978 veröffentlichten Gemeinsamen Erklärung von positiven Ergebnissen spricht, die bei der Durchführung des Briefwechsels über humanitäre Fragen vom 11. Dezember 1973 in der Tschechoslowakei über die Aussiedlung Deutscher aus der CSSR erzielt worden seien?

74. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund des in der Gemeinsamen Erklärung mit Präsident Husak getroffenen Bekenntnisses zu den Prinzipien der KSZE auch dafür einzutreten, daß die CSSR die dort verankerten Bestimmungen über den Schutz der Minderheiten, die Pflege ihrer Sprache und die Einrichtung eigener Schulen zugunsten der in ihrer Ursprungsheimat verbliebenen etwa 80 000 Sudetendeutschen berücksichtigt?

75. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Gebühren, die Deutsche zahlen müssen, wenn sie aus der Staatsbürgerschaft der CSSR entlassen werden wollen?

76. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Bedeutet die in Artikel 10 des Kulturabkommens mit der Tschechoslowakei festgelegte Übereinkunft, wonach beide Vertragsparteien „den Jugendaustausch und die Zusammenarbeit zwischen Jugendorganisationen und entsprechenden Institutionen fördern", daß auch nicht organisierte Jugendliche aus der Tschechoslowakei an diesem Austausch teilnehmen können, oder wird der Austausch nur Mitgliedern kommunistischer oder kommunistisch gelenkter Jugendorganisationen in der Tschechoslowakei zugute kommen?

77. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Wer wird seitens der Bundesrepublik Deutschland an der Ausarbeitung der in Artikel 10 des Kulturabkommens vorgesehenen Jahresprogramme für den Jugendaustausch beteiligt werden, und wird noch für 1978 ein solches Jahresprogramm vereinbart werden können?

78. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Bedeutet die gemeinsame Feststellung der Bundesregierung und der tschechoslowakischen Regierung in der Gemeinsamen Erklärung anläßlich des Besuchs des tschechoslowakischen Partei- und Staatschefs Husak, der Verzicht auf Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen diene der Festigung des Friedens und der Sicherheit, daß beide Regierungen demnächst die Beendigung der sowjetischen Gewaltanwendung durch Abzug der sowjetischen Truppen aus der Tschechoslowakei fordern werden?

79. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Bedeutet die in der Gemeinsamen Erklärung der Bundesregierung und der tschechoslowakischen Regierung zum Ausdruck gebrachte Entschlossenheit, „den Entspannungsprozeß fortzuführen und alle Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki unilateral, bilateral und multilateral umfassend durchzuführen", daß Staatspräsident Husak der Bundesregierung Zusicherungen zur Erfüllung der menschenrechtlichen Vereinbarungen von Helsinki gegeben hat, und welche konkreten Punkte umfassen diese Zusicherungen gegebenenfalls?

80. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung sichergestellt, daß bei der Durchführung des mit der Tschechoslowakei abgegeschlossenen Kulturabkommens, insbesondere beim Austausch von Wissenschaftlern, Lehrkräften, Studenten, Hochschulabsolventen, Journalisten, Sportlern, Jugendgruppen und Organisationen, niemand diskriminiert wird, und auf welche Weise ist dies erfolgt?

81. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Ist es nach Auffassung der Bundesregierung mit dem Geist des Kulturabkommens vereinbar, wenn in der Tschechoslowakei nach wie vor Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler und Publizisten verfolgt, gefangen gehalten und diskriminiert werden, und ist dies bei den Gesprächen der Bundesregierung mit dem Staats- und Parteichef Husak zum Ausdruck gebracht worden?

82. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)

Wieviel Anträge auf Umsiedlung in die Bundesrepublik Deutschland sind in den Jahren 1973, 1974, 1975, 1976 und 1977 (aufgegliedert) von Deutschen in der CSSR gestellt und von den Behörden der CSSR genehmigt worden?

83. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)

In welcher Weise wurde seitens der Behörden der CSSR die Stellung und Bearbeitung von Anträgen auf Umsiedlung in die Bundesrepublik Deutschland nach dem KSZE-Schlußdokument von Helsinki erleichtert?

84. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wie beabsichtigt sich die Bundesregierung in Zukunft zu verhalten, wenn Regierungs- und Parteichefs des Ostblocks, wie Kadar und Husak, bei Staatsbesuchen und -akten in Anwesenheit des Bundeskanzlers, von Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundespräsidenten den Souverän, das Deutsche Volk, auf dessen Territorium sie zu Gast sind, mit gezielter Präzision in völkerrechtswidriger und vom Standpunkt des gastgebenden Staats verfassungswidriger Weise leugnen, und wie wird sie verfahren, um die Minderung der Rechtspositionen Deutschlands und des Deutschen Volks bei Staatsakten in ihrer Gegenwart in Zukunft nicht mehr hinzunehmen?

85. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache daß zwischen 1974 und 1977 über 20 000 Ausreiseanträge Deutscher aus der CSSR einfach verschwunden sind?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Welche Meinungsumfragen hat die Bundesregierung bei welchen Instituten in der laufenden Legislaturperiode durchführen lassen?

2. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Fraktionen des Deutschen Bundestages die Ergebnisse dieser Meinungsumfragen zuzuleiten, wie dies früher bereits Praxis war, oder gibt es in dieser Frage eine unterschiedliche Behandlung der Regierungs- bzw. Oppositionsfraktionen, und wenn ja, was sind die Gründe hierfür?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

3. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wieweit ist nach Kenntnis der Bundesregierung mittlerweile die Bergung der mit dem MS Cavtat vor der italienischen Adriaküste gesunkenen Giftstoffe gediehen?

4. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um auf die Regierung der Republik Italien mit dem Ziel der endgültigen Beseitigung der schwerwiegenden Umweltgefahren durch die auf dem Meeresgrund lagernden Giftstoffe einzuwirken?

5. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Absicht, in naher Zukunft in Shanghai ein Generalkonsulat einzurichten?

6. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Handelt es sich bei den Auszügen aus einem Interview des Bundeskanzlers Schmidt im Informationsfunk der Bundesregierung in deutscher, englischer, französischer und spanischer Sprache aus einer der bedeutendsten Zeitungen Brasiliens vom 4. März 1978 um einen Übermittlungsfehler, wenn davon die Rede ist, daß die Bundesrepublik Deutschland als „Unterzeichner der Menschenrechtscharta der UNO und der vor zwei Jahren in Kraft getretenen allgemeinen Erklärungen zu den Menschenrechten" sich für die elementaren Grundrechte in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen aktiv einsetzen werde, oder wer ist dafür verantwortlich, daß in diesem Interview die UN-Menschenrechtspakte mit einer „in Kraft getretenen allgemeinen Erklärung" verwechselt werden?

7. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Kennt die Bundesregierung die erschütternden Berichte im amerikanischen Senat über das Elend der Flüchtlinge aus Vietnam, Laos und Kambodscha in Thailand (Congressional Record-Senate

21/78, Seite 1973) sowie über die vorhandene aber noch unzureichende Hilfe der USA sowie Frankreichs, und beabsichtigt sie, unter diesen Umständen angesichts früherer Erklärungen nunmehr die humanitäre Hilfe für diese Flüchtlinge erheblich auszuweiten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

8. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß es als Information für den Bürger ausreicht, Satzungsänderungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) im Bundesanzeiger zu veröffentlichen und eine Neufassung der Satzung, die 72 Seiten und 106 Paragraphen umfaßt, den Versicherten oder Hinterbliebenen zur Verfügung zu stellen, ohne auf die inhaltliche Auswirkung der Änderung für die Betroffenen hinzuweisen, und wenn nein, welche zusätzlichen individuellen Informationen sieht die Bundesregierung für notwendig an?

9. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung (Meldung der Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 7. März 1978), daß Gorleben kein geeigneter Standort für die geplante Entsorgungsanlage sei, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

10. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Geht die Bundesregierung davon aus, daß die Anlage Gorleben auch dann gebaut werden würde, wenn die Probebohrungen zeigten, daß der Salzstock in Gorleben zur Aufnahme hochaktiver nuklearer Brennabfälle nicht geeignet sei?

11. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß 4020 Beamte des Bundesgrenzschutzes nur deshalb nicht, wie vorgesehen, zum 1. Januar 1978 befördert werden konnten, weil der für die Erarbeitung des erforderlichen Organisations- und Stellenplans zuständige Sachbearbeiter wegen Erkrankung seine Arbeit nicht rechtzeitig fertigstellen konnte, und was gedenkt bejahendenfalls die Bundesregierung zu tun, um die Nachteile für die Betroffenen auszugleichen und derartige Fehlleistungen künftig auszuschließen?

12. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Ist der im Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Sicherung der Ausbildungschancen verwendete und von Bundeskanzler Schmidt und von Bundesinnenminister Dr. Maihofer in ihren Reden vom 3. März 1978 bzw. 13. Januar 1978 aufgegriffene Begriff des gleichbleibenden Besoldungsaufwands dahin zu verstehen, daß die Besoldung des einzelnen Beamten gesenkt bzw. in Zukunft nicht angehoben werden soll, um trotz der Neuschaffung von Planstellen den Besoldungsaufwand nicht ansteigen zu lassen, und wenn ja, welche Pläne werden derzeit von der Bund-Länder-Kommission auf ihre Brauchbarkeit hin überprüft?

13. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Wie haben sich die Zahlen der Asylbewerber in der Bundesrepublik Deutschland seit dem 1. Januar 1977 bis heute entwickelt, und wie viele dieser Bewerber sind über Ost-Berlin in die Bundesrepublik Deutschland gelangt?

14. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)	Wie lange bleiben Asylbewerber, die nicht als asylberechtigt anerkannt werden, durchschnittlich in der Bundesrepublik Deutschland, und welcher Prozentsatz dieser Bewerber nimmt die möglichen Rechtsmittelinstanzen in welchem Umfang in Anspruch?
15. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, geeignete rechtliche Maßnahmen zu ergreifen, um eine Tilgung früherer Eintragungen von psychisch Kranken nach dem ehemaligen § 13 des Bundeszentralregistriergesetzes (BZRG) von Amtswegen zu erreichen, nachdem der frühere § 13 BZRG durch das Änderungsgesetz zum BZRG vom 25. Mai 1976 ersatzlos gestrichen worden ist?
16. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)	Welche Planungen (gegebenenfalls welche Vorstellungen) liegen bislang zur Unterbringung der für den Rhein-Main-Bereich vorgesehenen zusätzlichen Einsatzabteilung des Bundesgrenzschutzes in der Landeshauptstadt Wiesbaden vor?
17. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Richtlinien des Bundes zur Anerkennung von Sowjetzonenflüchtlingen nach den Bestimmungen des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) in Baden-Württemberg (beispielsweise Landratsamt Rastatt) laufend nicht beachtet werden und damit Nachteile für die Geschädigten entstehen, und ist die Bundesregierung bereit, nachdrücklich auf die Durchsetzung der von ihr und ihren Vorgängern erlassenen Richtlinien zur allgemeinen Gefährdungsvermutung beim zuständigen Landesinnenministerium in Baden-Württemberg hinzuwirken?
18. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)	Welche Kosten entstehen durch das Theaterfest anläßlich der Berliner Theaterwochen 1978, zu dem der Bundeskanzler eingeladen hat, und in welcher Höhe ist der Ansatz im Etat der Berliner-Festspiele GmbH oder anderswo im Bundes- bzw. Landeshaushalt Berlins etatisiert?
19. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung der Bericht des Wiesbadener Kuriers vom 14. April 1978 bekannt, wonach in Hattersheim eine Wohnung als Terroristenunterschlupf vom 15. Juli bis 26. November 1977 angemietet gewesen sein soll, und welche Erkenntnisse liegen ihr zu der in diesem Zusammenhang aufgestellten Behauptungen vor, dem Hinweis des Hausmeisters sei zunächst keine Beachtung geschenkt worden und die Bundesanwaltschaft habe von dem Hinweis erst im April 1978 erfahren, obwohl das Landeskriminalamt in Wiesbaden bereits mit einem Schreiben vom 16. Dezember 1977 auf den Verdacht hingewiesen worden sei?
20. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)	In wieviel Prozent der verwaltungsgerichtlichen Verfahren erhalten Asylbegehrende obsiegende Urteile in den einzelnen Instanzen?
21. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)	Wieviel Prozent der Asylbegehrenden, die in verwaltungsgerichtlichen Verfahren kein obsiegendes Urteil erlangen, können anschließend dennoch in der Bundesrepublik Deutschland bleiben?

22. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wieviel zusätzliche Arbeitsplätze müssen nach den Schätzungen der Bundesregierung als Folge des am 12. April 1978 vereinbarten Mehrurlaubs im öffentlichen Dienst besetzt werden, und welche Haushaltsbelastungen werden hierdurch voraussichtlich entstehen?

23. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung nach dem sogenannten Diätenurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 1975 an dem verfassungsgewohnheitsrechtlichen sogenannten Parlamentarierkabinett als einem wesentlichen Element unseres demokratischen Regierungssystems fest, oder erachtet sie angesichts des anerkannten gewandelten politischen, verfassungsrechtlichen und beruflichen Selbstverständnisses der Abgeordneten die Unvereinbarkeit von Regierungsamt und Abgeordnetenmandat für angemessen (vgl. Dittmann in ZRP 1978, 52 ff.)?

24. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Nach welchen grundsätzlichen Kriterien entscheiden die Bundesregierung und die Bundesminister über die Bedürftigkeit einer Gesetzesinitiative und einer Rechtsverordnung angesichts der für sehr viele Unternehmen, Unternehmer und Bürger kaum mehr überschaubaren und ihren Lebens- und Wirtschaftsbereich betreffenden und einschränkenden Gesetze und Verordnungen (vgl. Dokumentation der Industrie- und Handelskammer zu Koblenz, „Gängelwirtschaft statt Marktwirtschaft? – Paragraphen-Dirigismus lähmt unternehmerische Dynamik", November 1977)?

25. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, Wissenschaftler der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig hätten errechnet, daß das Strahlenrisiko im Umkreis eines modernen Steinkohlekraftwerks unter Umständen einhundertmal so groß sein könne wie in der Umgebung eines leistungsgleichen Kernkraftwerks, und ist nach dieser wissenschaftlichen Feststellung der Bau von Kohlekraftwerken für die in der Umgebung lebenden Menschen nicht mit größeren gesundheitlichen Risiken verbunden als bei Kernkraftwerken?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

26. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wie beurteilt das Bundesjustizministerium die in der letzten Zeit wieder mehrfach in der Presse dargestellten Fälle von „Privatjustiz bei Ladendiebstählen", und was gedenkt die Bundesregierung zur Erhaltung der Rechtssicherheit auf diesem Gebiet zu unternehmen?

27. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in der Gründung von Arbeitsgemeinschaften zur Verhütung von Ladendiebstählen, wie z. B. in Hessen, eine Gefährdung der Rechtssicherheit auf diesem Gebiet, und wenn ja, welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?

28. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Aufwandsrenten, Grundrenten u. ä. bei der Festsetzung des Unterhalts nach dem neuen Scheidungsrecht angerechnet werden und nicht dem Betroffenen belassen bleiben, und ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß mindestens die Grundrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz, die nirgendwo angerechnet werden, auch hier, bei der Festsetzung des Versorgungsausgleichs, außer Betracht bleiben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

29. Abgeordnete **Frau Benedix** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß wegen angeblicher Zahlungsbilanzschwierigkeiten die Unterhaltszahlungen ägyptischer Väter an in der Bundesrepublik Deutschland lebende Familien praktisch nicht geleistet werden können, und bemüht sich die Bundesregierung hier um Abhilfe?

30. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Tatsache ziehen, daß der steuerlich zu berücksichtigende Freibetrag bei Versendung von Paketen nach Mitteldeutschland und in die deutschen Ostgebiete seit vielen Jahren unverändert auf 30 DM festgesetzt worden ist, wo doch dieser Betrag schon längst nicht mehr dem gegenwärtigen Preisniveau entspricht, und es geboten erscheint zu prüfen, ob nicht eine Anhebung dieses Satzes auf 50 DM tunlich und möglich ist?

31. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wann und wo fanden im einzelnen statt oder erschienen die „Vielzahl von Vortragsveranstaltungen und Publikationen", mit denen nach der Antwort des Bundesinnenministers vom 17. März auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Franktion das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien „in umfassender und fundierter Weise über Ideologien und Strategien verfassungsfeindlicher Kräfte informiert"?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

32. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Wie hoch ist der Betrag an Bundesmitteln, der seit 1970 dem Textilwerk Reichel in Rheinberg/Niederrhein zugeflossen ist, und in welcher Höhe ist die Kreditanstalt für Wiederaufbau engagiert?

33. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Mit welchem Ergebnis und mit welcher Begründung wurde über eine Bundesbürgschaft für die Textilwerke Reichel entschieden?

34. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Kann die Bundesregierung abschätzen, welche negativen Konsequenzen der Stopp des 4,35 Milliarden-Programms zur Heizenergieeinsparung auf die Produzenten von Wärmepumpen und Solarkollektoren hatte und wie sich der künftige Kapazitätsaufbau dieser Industrie entwickeln wird?

35. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die UdSSR bei den Nürnberger Faun-Werken überschwere Lkw's für die Landwirtschaft bestellt hat, in deren Führerhäuser eine nur für militärische Zwecke verwendbare Fliegerbeobachtungsluke eingebaut werden soll, und wenn ja — muß daraus nicht geschlossen werden, daß wir im Ernstfall schwere Militärfahrzeuge aus unserer eignen Produktion dem Feind zur Verfügung gestellt haben?

36. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung der deutschen Werftindustrie die Erarbeitung eines Strukturprogramms erleichtern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

37. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung von Virus-Insektiziden, wie z. B. dem schweizer Mittel „Elcar“, die gezielt gegen bestimmte Schädlinge eingesetzt werden können ohne wie herkömmliche chemische Insektengifte andere Lebewesen zu schädigen, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

38. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie weit die Entwicklung solcher Virus-Insektizide in der Bundesrepublik Deutschland vorangeschritten ist?

39. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, einen Antrag auf Änderung der EG-Richtlinie 75/268 zu stellen mit dem Ziel, die Betriebe ab 1 ha in die Ausgleichszulage in Berggebieten miteinzubeziehen, und wieviel ha landwirtschaftliche Nutzfläche würde dadurch in der EG zusätzlich in die Förderung einbezogen?

40. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Bleibt die Bundesregierung bei ihrer derzeitigen Auffassung, die Gewährung der Ausgleichszulage an die Haltung von Großvieh zu binden, und wieviel ha landwirtschaftliche Nutzfläche würden nach Wegfall dieser Bindung zusätzlich in die Förderung einbezogen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

41. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, um sicherzustellen, daß nach der Aussetzung des neuen Verfahrens zur Anerkennung von Wehrdienstverweigerern durch das Bundesverfassungsgericht noch nicht anerkannte Wehrdienstverweigerer, die bereits auf Grund eigener Initiative einen Zivildienstplatz zugesichert bekommen haben, diesen infolge der langen Bearbeitszeiten des Bundesamts für Zivildienst nicht wieder verlieren?

42. Abgeprdneter **Jung** (FDP)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, das Problem, das durch das Auslaufen der Zeitverträge für eine Reihe von koreanischen Krankenschwestern entsteht, dadurch abzubauen, daß z. B. sowohl der Ausbau von Sozialstationen angeregt als auch die Zahl des Personals für die häusliche Krankenpflege erhöht wird?

43. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, die besonderen, aus dem unterschiedlichen Rollenverständnis wie aus der anders gearteten koreanischen Sozialstruktur entstehenden Probleme abzuwägen, und ist sie bereit, die koreanischen Krankenschwestern, die in der Bundesrepublik Deutschland bleiben wollen, bei der Arbeitsplatzplanung der öffentlichen Hand besonders zu berücksichtigen?

44. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Was wird die Bundesregierung zur Eingliederung ausländischer Bevölkerungsgruppen unternehmen, nachdem die Maßnahmen zur Eindämmung des Zuzugs von Ausländern zwar wirksam waren, dennoch aber nicht zu einer Lösung der Beschäftigungsprobleme der Ausländer geführt haben?

45. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, der Benachteiligung geistig Behinderter gegenüber anderer Gruppen Behinderter hinsichtlich der unentgeltlichen Beförderung im Personennahverkehr entgegenzuwirken?

46. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Was will die Bundesregierung unternehmen, um den geistig Behinderten im Personenfernverkehr Tarifvergünstigungen (z. B. unentgeltliche Beförderung des notwendigen Begleiters), die bestimmten Beschädigtengruppen und Blinden zugestanden werden, zu gewähren?

47. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

In welcher Weise wird die von den Betrieben zu entrichtende „Behindertenabgabe" verwendet?

48. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Absicht der niedersächsischen Landesverbände der Orts-, Innungs- und Betriebskrankenkassen sowie der Bundesknappschaft, Verwaltungsstelle Hannover, den privaten Krankenhäusern in Niedersachsen, deren Bereiterklärung nach § 371 RVO abzulehnen, in Übereinstimmung mit der Erklärung des Bundesarbeitsministers steht, die dieser bei Verabschiedung des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes vor dem Bundesrat abgab, derzufolge alle Krankenhäuser, die nach § 371 RVO für die Gewährung von Krankenhauspflege an Versicherte vorgesehen sind, auch dann ohne jede Einschränkung von den Versicherten in Anspruch genommen werden können, wenn zwischen diesen Krankenhäusern und den Krankenkassen kein Vertrag besteht, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?

49. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die genannten Krankenkassen angesichts der Erklärung des Bundesarbeitsministers vor dem Bundesrat bei der Verabschiedung des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes und angesichts der Vereinbarung der Deutschen Krankenhausgesellschaft und der Bundesverbände der Krankenkassen mit dem Bundesarbeitsminister vom 5. Dezember 1977 gar nicht berechtigt waren, ihre Ablehnungsbescheide vom März d. J. an die privaten Krankenanstalten in Niedersachsen herauszugeben, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

50. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, gemäß des von ihr vorgelegten und vom Bundestag beschlossenen Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes und damit auch bezüglich des § 371 RVO für eine dem Buchstaben und dem Geist dieser Vorschrift entsprechende Auslegung – wie sie auch der Beirat und Krankenkassen zustimmend akzeptierten Empfehlung vom Dezember 1977 entspricht – bei den Bundesländern einzutreten bzw. erforderlichenfalls gegenüber den Landesregierungen auf eine solche Auslegung zu drängen?

51. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Muß aus der Aufforderung der IG Chemie an die Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten der dem Mitbestimmungsgesetz unterworfenen Unternehmen der Schluß gezogen werden, daß der Wortlaut des Gesetzes insoweit den Willen des Gesetzgebers nicht klar und unzweideutig zum Ausdruck gebracht hat,

und wäre eine entsprechende Klarstellung durch den Gesetzgeber der richtige und erfolgversprechende Weg, Aufforderungen zu unterbinden, das Mitbestimmungsgesetz zu verletzen?

52. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung auf das Verhalten der IG Chemie hin diejenigen gegenüber Pressionen, durch die sie zur Rücknahme der entsprechenden Anträge veranlaßt werden sollen, in Schutz nehmen, die die Versuche des DGB, das Mitbestimmungsgesetz zu unterlaufen, zum Anlaß genommen haben, den Inhalt des Mitbestimmungsgesetzes und seine Verfassungsmäßigkeit durch das Bundesverfassungsgericht authentisch feststellen zu lassen?

53. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß – wie in der Esslinger Zeitung vom 31. März 1978 berichtet – der Bundesforschungsminister Dr. Hauff, auf einer DBG-Kreisvorstandssitzung des DGB Esslingen in eindeutiger Form erklärt hat, die Aussperrung sei unmenschlich und verfassungsfeindlich, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß demzufolge zur Frage der Aussperrung innerhalb des Bundeskabinetts divergierende Auffassungen bestehen, da Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff Aussperrungen mit den bestehenden Gesetzen für vereinbar erklärte?

54. Abgeordnete **Frau Karwatzki** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß ältere Leute, insbesondere Rentner, von einzelnen Krankenkassen in Nordrhein-Westfalen keine HdO (Hinter-dem-Ohr-Gerät) sondern nur Taschenhörgeräte ersetzt bekommen, und hält sie dies für eine Diskriminierung der Betroffenen und Unterlaufung des Rehabilitationsgesetzes?

55. Abgeordnete **Frau Karwatzki** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt und hält sie es für sinnvoll, daß nach Untersuchung durch den Facharzt und Anpassung des Hörgeräts durch den Akustiker die Unterlagen zur Überprüfung dem vertrauensärztlichen Dienst übersandt werden und dadurch zusätzliche Kosten entstehen, obwohl der vertrauensärztliche Dienst nur in seltenen Fällen fachlich und/oder gerätemäßig in der Lage ist, sachgerecht zu urteilen und zudem die Überprüfung meist ohne Inaugenscheinnahme des Patienten vornimmt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

56. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Denkt das Bundesverteidigungsministerium daran, die Partnerschaftsseminare an der Schule der Bundeswehr für Innere Führung zukünftig verstärkt auch für Unteroffiziere mit und ohne Portepee durchzuführen, und wenn ja, warum ist in diesem Jahr im Gegensatz zu den angebotenen Seminaren für Offiziere nur eins für Unteroffiziere geplant?

57. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Teilt die Bundesregierung meine Ansicht, daß die grundsätzliche staatliche Förderung einzelner Sportdisziplinen nicht davon abhängig gemacht werden kann, daß sie olympische oder internationale Militärmeisterschaftsdisziplin ist, und wenn ja, wird sie sich entsprechend verhalten?

58. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, in militärfachlich begründeten Einzelfällen für derartige Sportdisziplinen Bundeswehrsportgruppen einzurichten?

59. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Werden nunmehr ausnahmslos alle Wissenschaftler (wissenschaftliche Räte, wissenschaftliche Oberräte usw.), die von der Auflösung der wissenschaftlichen Gruppen an den Offizierschulen der Teilstreitkräfte, der Wehrakademie und der Stabsakademie der Bundeswehr betroffen waren, als Wissenschaftler in Lehre und/oder Forschung wiederverwendet und an den neuen Einrichtungen auch mit ihrem Einverständnis und zu ihrer Zufriedenheit untergebracht (siehe meine schriftliche Frage vom 4. März 1975 und die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung in der 156. Sitzung vom 14. März 1975, Plenarprotokoll Seite 10920 A)?

60. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß eine Vielzahl jugendlicher Arbeitsloser, die zur Ableistung ihres Wehrdienstes bereitstehen, nicht zur Bundeswehr eingezogen werden, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit zu veranlassen, daß durch einen engeren Kontakt zwischen den Kreiswehrersatzämtern und Arbeitsämtern eine umgehende Einberufung dieser Jugendlichen erfolgen kann, um so die starken persönlichen und volkswirtschaftlichen Belastungen einzuschränken?

61. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß an der Führungsakademie der Bundeswehr der bisherige Bereich Ausbildung, Lehre und Forschung umbenannt werden soll in Ausbildung und Lehre?

62. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Wenn ja, wird damit beabsichtigt, an dieser bedeutendsten militärischen Bildungsstätte die Forschung im Rahmen der militärischen Lehre einzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

63. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß systematische gebührenpflichtige Untersuchungen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit frischem Fleisch und Geflügelfleisch im Interesse der Verbraucher und der Gesundheit der Bevölkerung nach wie vor unverzichtbar sind, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit die Rechtsgrundlage für solche Untersuchungen auch in Zukunft erhalten bleibt?

64. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Erblickt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit – wie nach einer dpa-Meldung in der Süddeutschen Zeitung vom 4. April 1978 berichtet – in den Auswirkungen des § 13 Nr. 3 und 4 des Bundeswahlgesetzes (Ausschluß vom Wahlrecht im Falle der Pflegschaft) eine „unvertretbare Diskriminierung von Kranken“, und wenn ja, wie ist diese Beurteilung mit der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern vom 16. März 1978 zu vereinbaren, worin auf meine Fragen

(Drucksache 8/1612) erklärt wird, daß die Bundesregierung in den Auswirkungen der zitierten Vorschrift des Bundeswahlgesetzes keine Diskriminierung des betreffenden Personenkreises sehe?

65. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung entgangen, daß der Bundesinnenminister in einer Stellungnahme an den Petitionsausschuß vom 1. August 1977 eine Überprüfung des § 13 des Bundeswahlgesetzes zugesagt hat, mit dem Ziel, den von den Einschränkungen des Wahlrechts durch den § 13 des Bundeswahlgesetzes betroffenen Personenkreis weiter einzugrenzen, insbesondere zu überprüfen, ob „Bürger, bei denen sich das geistige Gebrechen und die Pflegschaftsanordnung auf ganz andere Bereiche beziehen und bei denen die Fähigkeit zur Teilnahme an der politischen Willensbildung nicht beeinträchtigt ist, generell von der Wahlberechtigung zum Deutschen Bundestag ausgeschlossen bleiben" sollen?

66. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Welche Stellungnahme hat die Bundesregierung abgegeben oder gedenkt sie abzugeben zu einer Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der in seiner Herbstsitzung gefordert hat, daß psychisch Kranke auch das Wahlrecht erhalten und dazu in psychiatrischen Einrichtungen mit den notwendigen Informationen versorgt werden sollen?

67. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die nicht zureichende Regelung von Schadstoffen in der Raumluft, insbesondere im Bereich der sogenannten Monomeren, dazu führt, daß selbst dadurch eindeutig verursachte Belästigungen (Übelkeit usw.) mangels hinreichender Rechtsgrundlagen nicht beseitigt werden können, und will sie dafür entsprechende Vorschriften erarbeiten?

68. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Wieviel Anträge auf Indizierung hat durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdendes Schrifttum das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit seit der Anfrage des Abgeordneten Wehner vom 16. Februar 1978 gestellt?

69. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Worauf beziehen sich diese Anträge?

70. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Alkoholgehalt aus pharmazeutischer Sicht nicht zu den wirksameren Bestandteilen eines beliebigen Medikaments gehört, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus im Zusammenhang mit der Kennzeichnungspflicht in bezug auf den Alkoholgehalt in Medikamenten und Stärkungsmitteln?

71. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Bestrebungen voranzutreiben, daß auf den Verpackungen dieser Mittel (siehe meine Anfrage 79 vom 15./16. März 1978) grundsätzlich deutlich sichtbar die allgemeinverständliche Angabe über den Alkoholgehalt in Volumenprozent angegeben wird (die Möglichkeit besteht – siehe Antwort auf meine Anfrage), um auch von dieser Seite dem Alkoholmißbrauch – in diesen Fällen aus Unkenntnis – zu begegnen?

72. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß noch immer Restbestände an Kinderbetten im Handel sind, die den erforderlichen Sicherheitsbestimmungen nicht entsprechen, und ist sie bereit, die neuen Sicherheitsbestimmungen für Hersteller und Importeure von Kinderbetten auch auf den Handel auszudehnen, um tödliche Unfälle – wie 1974 in Warendorf und im April 1978 in Remscheid vorgekommen – zu verhindern?

73. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Muß nicht nach den Ergebnissen neuester amerikanischer Untersuchungen [Miller: World Smoking & Health 3, 4 (1978)], wonach die Raucher von Filterzigaretten – infolge des hohen CO-Gehalts im Rauch von Filterzigaretten – durchschnittlich 3,7 Jahre früher sterben als Raucher von Zigaretten ohne Filter, sowie angesichts der Tatsache, daß der Begriff „Leichtrauchen", der sich ausschließlich auf Filterzigaretten beschränkt, dem Raucher geringere Gesundheitsschädlichkeit suggeriert, eine Werbung für Zigaretten unter dem Aspekt des Leichtrauchens als Vorstoß gegen § 22 des Gesetzes zur Gesamtreform des Lebensmittelrechts betrachtet werden, der jegliche Aussagen in der Werbung für Tabakwaren unter dem Aspekt gesundheitlicher Unbedenklichkeit verbreitet, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

74. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Europäischen Parlaments, niedergelegt in dem Dokument 344/77 vom 9. November 1977, wonach Asbest (insbesondere Asbestzement) bei Verarbeitung krebserregend und damit gesundheitsgefährdend ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

75. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Verarbeitung von Asbest kurz- oder langfristig zu untersagen, und ist sie bereit, den öffentlichen Händen schon jetzt zu empfehlen, die in der Anlage I des vorgenannten Dokuments (Seite 19) aufgeführten Erzeugnisse in Zukunft möglichst nicht zu verwenden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

76. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wie ist der Stand der Planungen für die Führung des Teilstücks der B 44 im Stadtgebiet Groß-Gerau zwischen den abgeschlossenen bzw. vor dem Abschluß stehenden Planfeststellungsverfahren „Verlegung der B 44 zwischen Stockstadt und Dornheim" im Süden und „Verlegung der B 44/B 486 im Raum Walldorf/Mörfelden" im Norden, und wie kann die Planung beschleunigt werden?

77. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Lärmschutzmauer an der neuen B 43 (Mainuferstraße) im Gemarkungsbereich Raunheim im Hinblick auf die Interessen der Bürger von Flörsheim/Main als absorbierende (lärmschluckende) Schallmauer gebaut werden muß, und was gedenkt sie gegebenenfalls zu unternehmen, um gegebenenfalls diese Auffassung durchzusetzen?

78. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn die Schließung des Bahnbetriebswerks Hamburg-Altona plant oder erwägt, wodurch 300 Arbeitsplätze in Hamburg verlorengehen und ein Gesamtanlagevermögen von rund 300 Millionen DM aufgegeben würden?

79. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Verlagerung der Lokwartung nach Lübeck und Flensburg dazu führen würde, daß alle Einsatzfahrzeuge (Diesel-Lok 218) bei Notfällen im Großraum Hamburg und insbesondere im Hamburger Hafen aus Entfernungen von 70 bzw. 120 km herangefahren werden müssen und die am Rande des Einsatzgebiets gelegenen Standorte an die Stelle des zentralen Wartungszentrums Hamburg-Altona treten, und hat die Deutsche Bundesbahn diese Umstände bei ihren Überlegungen ausreichend berücksichtigt?

80. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Verlagerung der Lokwartung nach Lübeck und Flensburg auch dazu führen würde, daß erhebliche Neuinvestitionen in Lübeck und Flensburg notwendig werden, um die in Hamburg-Altona vorhandenen Anlagen zu ersetzen, und daß die in den letzten drei Jahren vorgenommenen Modernisierungen und Neuinvestitionen in Hamburg-Altona sinnlos werden, und hat die Bundesregierung auch diese Umstände bei ihren Überlegungen ausreichend berücksichtigt?

81. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß bereits bei der Planung und der Anlage von Hochleistungsstraßen – z. B. Autobahnen, vierspurigen Bundesstraßen und großzügig ausgebauten Ortsdurchfahrten und Umgehungen –, die die Wohngemeinden zerteilen oder ortsnahe vorbeiführen, Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen und gleichzeitig gebaut werden, wie es z. B. unser Nachbarland, die Schweiz, zwingend vorschreibt?

82. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Könnte sich die Bundesregierung nicht ausländische Erfahrungen zu eigen machen, daß durch das Aufschütten von Dämmen und Wällen unter Verwendung des Aushubmaterials ein bedeutend „natürlicher" wirkender Lärmschutz zu erreichen ist, als mittels der oft häßlichen, nachträglich montierten Lärmschutzwände, und ist sie nicht auch der Meinung, daß diese Maßnahme auch von der Kostenseite interessant und überprüfenswert ist, da der Abtransport des dazu verwendeten Aushubmaterials weitgehend entfällt?

83. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, der Behauptung von der „Zubetonierung der Landschaft" durch Straßenbauten für ihren Verantwortungsbereich durch die Veröffentlichung von konkreten Zahlen über den Landschaftsverbrauch durch Straßenbaumaßnahmen entgegenzutreten, und ist sie bereit, auch über den Standard des deutschen Straßennetzes Auskunft zu geben, das nach Meldungen der Informationsschrift „Straße und Wirtschaft" (Nr. 1, Februar 1978, Seite 4) 34 v. H. der Bundesstraßen unter der Norm liegen, die den Kraftverkehr zügig und sicher abrollen lassen?

84. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist sie weiter bereit, auf Grund der beiden genannten Tatsachen die Notwendigkeit eines sicheren und leistungsfähigen Straßennetzes für unser hochindustrialisiertes Land durch entsprechende Informationen herauszustellen, um für ihren Verantwortungsbereich damit dazu beizutragen, daß geplante und finanzierte Straßenbaumaßnahmen nicht unnötig verzögert oder gar verhindert werden?

85. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die von der Stiftung Warentest vertretene Auffassung, daß die Benutzung von Saugnapfgepäckträgern gefährlich sein kann und deshalb untersagt werden sollte, und wird sie gegebenenfalls entsprechende Schritte in die Wege leiten?

86. Abgeordneter **Schäfer (Mainz)** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß das Programm zur Durchführung vordringlicher Maßnahmen und zur Minderung der Beschäftigungsrisiken von Jugendlichen bereits seit 1976 in der Bund-Länder-Kommission (BLK) für Bildungsplanung und Forschungsförderung beraten wurde (Verabschiedung durch die BLK am 15. November 1976), aber bei der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder am 17. Februar 1978 nicht einmal von allen Ländern „im Grundsatz zustimmend zur Kenntnis" genommen wurde?

87. Abgeordneter **Schäfer (Mainz)** (FDP)

Welchen konkreten Beitrag zur Sicherung der Bildungs- und Berufschancen der jungen Generation können derartige Programme leisten, wenn man die lange Beratungszeit, die verschiedenen Sondervoten einzelner Länder und schließlich die trotz der eingegangenen Kompromisse nicht einmal einstimmige Zustimmung der Regierungschefs berücksichtigt?

88. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Zuge des bereits begonnenen Autobahnneubaus Würzburg — Ulm die Flurbereinigungsstraßen und Feldwege der Gemeinden Biebelried und Umgebung, die ansonsten für öffentlichen Verkehr gesperrt sind, vom Schwerlastverkehr der beteiligten Baufirmen befahren und beschädigt werden, und auf welche Weise wird sichergestellt, daß den betroffenen, angrenzenden Grundstückseigentümern und der Gemeinde Biebelried, die für die Baulast verantwortlich ist, kein finanzieller Schaden entsteht?

89. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Ist das Bundesverkehrsministerium bzw. seine vorgelagerten Behörden bereit, in diesen Fällen der Gemeinde Hilfestellung bzw. eine Ausfallgarantie bei der Abwicklung der Entschädigungsforderung zu geben, da die Schäden auf den gemeindlichen Wegen meist von privaten Baufirmen verursacht werden?

90. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Ist der Ausbau der sogenannten Todeskurve auf der Bundesstraße 8 in Höhe des Klettenbergs zwischen Mainbernheim und Kitzingen, wo innerhalb von zwei Wochen drei Tote zu beklagen waren, an fehlenden Bundesmitteln gescheitert, und wenn ja, wann ist mit der Bereitstellung von Bundesmitteln zu rechnen?

91. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Wie hoch waren die Kosten für die Markierungen am linken Fahrbahnrand der Bundesautobahnen insgesamt, mit deren Hilfe zu dichtes Auffahren von Kraftfahrzeugen festgestellt werden soll?

92. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

An wieviel Stellen der Bundesautobahn wurden solche Markierungen angebracht, und in wieviel Fällen wurde mit Hilfe dieser Markierungen dichtes Auffahren von Kraftfahrzeugen festgestellt?

93. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung vermeiden, daß der Eisenbahnerstadt Bebra im hessischen Zonenrandkreis Hersfeld/Rotenburg durch die geplante Neubaustrecke der Deutschen Bundesbahn von Hannover nach Würzburg erheblicher Schaden in ihrer verkehrspolitischen Bedeutung zugefügt wird und in dieser Stadt weitere Arbeitsplätze im Bereich der Deutschen Bundesbahn verloren gehen?

94. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

In welchem Umfang (absolute Zahl und Prozentsatz) beteiligt sich der Bund an der Finanzierung des Stadtbahnbaus in Bielefeld in den nächsten zehn Jahren?

95. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Welche Gründe sieht die Bundesregierung für die Entscheidung der niederländischen Regierung, den Ausbau der Autobahn zwischen der deutsch-niederländischen Grenze bei Goch und Rotterdam zeitlich mit der Folge zu verschieben, daß der für 1980 geplante Anschluß des westdeutschen Autobahnnetzes bei Goch an das niederländische Autobahnnetz nicht erfolgen kann, und was unternimmt die Bundesregierung, um bei der niederländischen Regierung eine Abänderung der jetzt bekanntgewordenen Entscheidung zur zeitlichen Verzögerung des niederländischen Autobahnausbaus und zur Einhaltung ursprünglicher Planungen zu erreichen?

96. Abgeordneter **Luster** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung in der Lage, Auskunft darüber zu geben, ob die Deutsche Bundespost hinsichtlich der Verwendung der „Eurocard" ihren Postscheckkunden einen vergleichbaren Service anbieten wird, wie dies andere Kreditinstitute in der Bundesrepublik Deutschland für ihre Kunden bereits getan haben?

97. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Welche Rationalisierungsmaßnahmen mit Auswirkungen auf das Leistungsangebot in Städten und Gemeinden werden von der Deutschen Bundespost geplant oder bereits durchgeführt, und wie lange wird es insbesondere dauern, bis die Deutsche Bundespost in den neugegliederten Städten und Gemeinden einheitliche Telefonnetze eingerichtet haben wird?

98. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß ein mit Hilfe der EDV ausgedrucktes Rechnungsformular von der Deutschen Bundespost nicht als „drucksachenwürdig" anerkannt wird, obwohl diese Art des Rechnungsschreibens im Zuge der fortschreitenden Technisierung mehr und mehr zum Einsatz kommt, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, auf eine Änderung der Bestimmungen über Drucksachen dahin gehend hinzuwirken, daß der zunehmenden Verwendung von EDV-Anlagen (Buchungsautomaten) im Schriftverkehr Rechnung getragen wird?

99.	Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, die Ausnutzung der Monopolstellung der Deutschen Bundespost, die diese zur Zeit durch den Verkauf von Paketsets und Gebinde für Pakete und Päckchen zum Nachteil der betroffenen Handelssparten betreibt, zu unterbinden?
100.	Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)	Sind zu diesen – für den entsprechenden Handel wettbewerbsverzerrenden und existenzschädigenden – Praktiken weitere Vorhaben ähnlicher Art geplant?
101.	Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Kann die Deutsche Bundespost sicherstellen, daß sie auf Grund ihres Versprechens in der Reklame für schnelle Telefonanschlüsse auch tatsächlich einen schnellen Fernsprechanschluß gewährleisten kann, und daß der Fernsprechkunde nicht monatelang, wenn nicht noch länger, auf den Anschluß warten muß?
102.	Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Wäre es nicht ehrlicher, wenn die Deutsche Bundespost in ihrer Reklame für einen schnellen Anschluß an das Fernsprechnetz darauf hinweisen würde, daß in bestimmten Fällen unter Angabe der einzelnen Gründe mit Wartezeiten gerechnet werden muß?
103.	Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, bei der vorgesehenen Portoerhöhung Postschließfachinhaber als Empfänger von Postsendungen auszuschließen, da sich die Postverteilung in Schließfächer im Verhältnis wenig verteuert hat und im Gegensatz zur Botenverteilung erheblich kostengünstiger ist, und wenn nein, wie begründet die Bundesregierung diese Haltung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

104.	Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)	Welche Ergebnisse hat die vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau berufene Kommission zur Beschleunigung und Vereinfachung der Baugenehmigungsverfahren erzielt, und inwieweit haben sich diese Ergebnisse bisher in der Praxis tatsächlich positiv ausgewirkt?
105.	Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)	Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung über die Bereitschaft der Mieter vor, sich an den Kosten einer Wohnungsmodernisierung zu beteiligen oder solche Modernisierungen auf eigene Kosten durchzuführen, und welche Möglichkeiten sieht sie, derartige Mieterinvestitionen in die öffentliche Förderung bzw. in die Steuer- und Bausparbegünstigung einzubeziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

106.	Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Durch wen und bei welcher konkret bezeichneten Gelegenheit hat die Bundesregierung in Erfüllung des Auftrags des Bundesverfassungsgerichts zuletzt mit der Regierung der DDR Gespräche über den Abbau der unmenschlichen Sperranlagen an der inner-

deutschen Demarkationslinie einschließlich Schießbefehl, Minenfelder und automatische Tötungsapparate an den Metallgitterzäunen geführt, und wann wird dies verneinendenfalls geschehen?

107. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen in der Presse zu, wonach die DDR Genehmigungsgebühren in Höhe von bis zu 600 DM von den DDR-Besuchern erhebt, die bei Bekanntenbesuchen Taschenrechner als Geschenk mitbringen, und was wird die Bundesregierung bejahendenfalls gegen diese neue Form der Geldschneiderei durch die DDR unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

108. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Forschungseinrichtungen, die durch die Bundesregierung gefördert werden, beschäftigen sich mit Aktivitäten auf dem Gebiet der Gen-Forschung?

109. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie ist bisher eine Kontrolle dieser Forschungstätigkeit gesichert worden?

110. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung einen Überblick über Gen-Forschungsaktivitäten, die sich außerhalb staatlicher Institutionen vollzieht?

111. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Welche zusätzlichen Mittel beabsichtigt die Bundesregierung zur Ausstattung ihres vorgelegten Forschungs- und technologiepolitischen Gesamtkonzepts für kleine und mittlere Unternehmen mit 350 Millionen DM pro Jahr in welchen Fachprogrammen einzuplanen?

112. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Welche vergleichbaren Mittel sind in welchen Unterabschnitten der Einzelpläne des Bundeshaushalts 1978 in welcher Höhe etatisiert?

113. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Wie teilen sich die vorgesehenen 350 Millionen DM auf die einzelnen Förderungsmaßnahmen, nämlich Förderung von Forschungsprojekten, Kapital- und Kredithilfen, steuerliche Hilfen, Förderung der Vertrags- und Gemeinschaftsforschung, Begünstigung des Technologietransfers, auf?

114. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung im einzelnen zur beabsichtigten besseren Information der kleinen und mittleren Unternehmen über die F. und T.-Programme?

115. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung bisher, und wenn ja, in wieviel Fällen und gegen wen, von dem ihr nach den Kontrollverfahren der IAEA zustehenden Recht Gebrauch gemacht, Inspektoren abzulehnen?

116. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Sind bisher, und wenn ja, durch wen und in wieviel Fällen, deutsche Staatsangehörige als Inspektoren von Drittstaaten abgelehnt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

117. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, z. B. Erlaß besonderer Ausbildungsordnungen, um den durch die gegenwärtige Arbeitsmarktsituation besonders betroffenen lernbeeinträchtigten Jugendlichen, insbesondere ohne Hauptschulabschluß, zu einer beruflichen Ausbildung zu verhelfen, und was ist in diesem Zusammenhang geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

118. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß nach einem Bericht der Belgrader Zeitung „Politiker" auch die Bundesrepublik Deutschland ihre für Vietnam vorgesehene Materialhilfe von 5 Millionen Dollar in Frage stelle, zumal „ausländische Fachleute, die in Vietnam wirtschaftliche Objekte oder Einrichtungen des Gesundheitswesens aufbauen, immer weniger ihre Unzufriedenheit darüber verhehlen, wie die ausländische Hilfe aufgenommen und genutzt wird", und worauf bezieht sich konkret letztere Aussage?

Bonn, den 14. April 1978